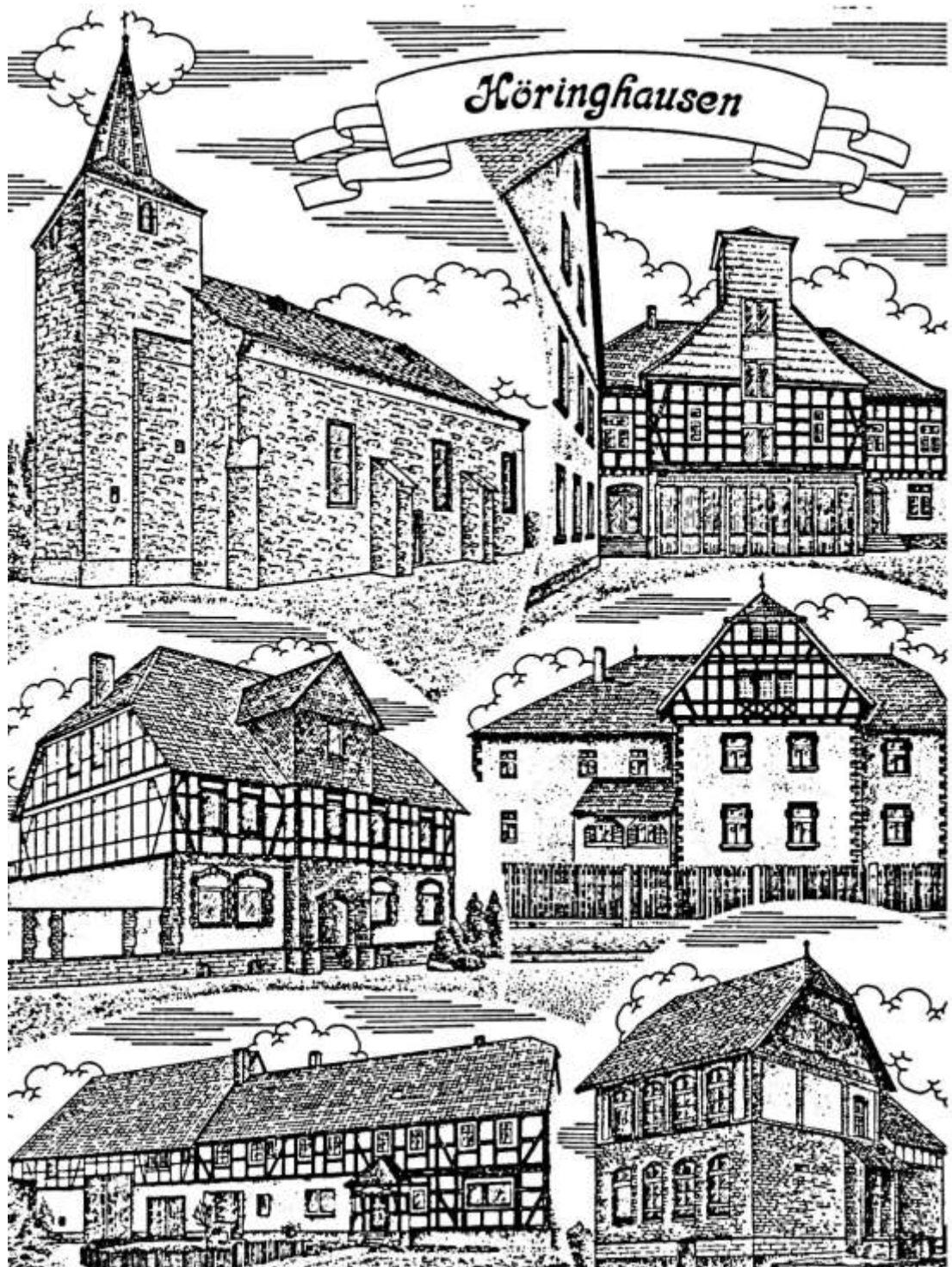


Geschichte und Geschichten aus



1970 Abschnitt 6 Bildervortrag
Heinrich Figge

1970 WLZ 12. 08. Im Stadtarchiv Korbach fotografiert und
abgeschrieben

Fusionsvertrag Höringhausen-Korbach?

Gestern wurden Gespräche geführt—Schock für Projekt Waldeck/Sachsenhausen

WALDECK/HÖRINGHAUSEN/KORBACH.

Eine Mitteilung Bürgermeister Erich Dreyers in der Sitzung der Waldecker Stadtverordneten am Montag (wir berichten an anderer Stelle darüber) schlug wie eine Bombe ein. Waldecks Stadtoberhaupt teilte mit, er habe vor wenigen Stunden erfahren, Höringhausen wolle noch in dieser Woche mit der Stadt Korbach einen Vorvertrag über einen Zusammenschluß ausarbeiten. Wie uns Erster Beigeordneter Mettenheimer, Höringhausen, bestätigte, wurden schon gestern abend in Höringhausen Gespräche mit Vertretern Korbachs geführt. Bürgermeister Dreyer erinnerte in der Stadtverordnetensitzung daran, daß ursprünglich Höringhausen, Waldeck und Sachsenhausen gemeinsam eine ländliche Gemeindereform zwischen Bad Wildungen und Korbach hätten durchführen wollen. Das entspräche der Konzeption des Kreises und auch der zu erwartenden Modellplanung der Landesregierung. Die Gemeindevertreter Höringhausens hätten sich aus folgenden Gründen für ihren Entschluß entschieden: sie trügen Bedenken, daß der zu bildende Gemeindeverband Waldeck/ Sachsenhausen nicht von endgültiger Dauer sei und später wieder aufgelöst und Bad Wildungen zugeschlagen werde. Dreyer: „Das ist eine Theorie, die durch nichts zu begründen ist und vom Landrat wie von allen Experten völlig verneint wird. Höringhausen wolle der Modellplanung zuvorkommen und sich Korbach anschließen, um nicht eines Tages nach Bad Wildungen zu gehören. Wie Waldecks Bürgermeister feststellte, ist die ländliche Gemeindereform Waldeck/Sachsenhausen „vorläufig auf Eis gelegt“.

Ein maßgeblicher Partner fehle und Sachsenhausen habe immer die große ländliche Lösung vorgezogen — gleich alle Gemeinden, oder überhaupt nicht — während Waldeck ursprünglich nur die Verbindung Waldeck/ Sachsenhausen angestrebt habe. Das Problem sieht Dreyer in der notwendigen Entscheidung des Waldecker Kreistages; erkenne dieses Gremium den Entschluß Höringhausens nicht an, müsse der hessische Landtag darüber entscheiden. In der Aussprache wurde der Beschluß der Höringhäuser Gemeindevertretung bedauert. Für Sachsenhausen gelte es nun das Problem neu zu überdenken, wie eine große Lösung zustande kommen könne. Der Magistrat wurde beauftragt, sofort weitere Verhandlungen zu führen, sofern darum ersucht würde. Der Magistrat teilte mit, daß die Gemeinden um den Edersee kein Interesse an einem Zusammenschluß zu einer Fremdenverkehrsgrößgemeinde zeigten. (r)

1970 WLZ 13. 08.

Zum Fusionsplan Höringhausen-Korbach:

„Modellplanung der Landesregierung abwarten“

Brief des Landrates Dr. Reccius vom 3. August an den Gemeindevorstand Höringhausen.

KORBACH. In unserer Mittwochausgabe berichteten wir über ein Zusammenschlußgespräch zwischen Höringhausen und Korbach am Dienstag, 11. August, in Höringhausen. Landrat Dr. Reccius bat jetzt die Waldeckische Landeszeitung über einen Brief zu berichten, den er am 5. August 1970 an den Gemeindevorstand in Höringhausen geschickt hat. Auch mit dem Magistrat der Stadt Korbach habe sich der Landrat am gleichen Tage in Verbindung gesetzt, wobei Bürgermeister Dr. Bökemeier mitgeteilt habe, die Stadt Korbach hätte bei dem Gespräch mit Höringhausen die Meinung vertreten, daß Verhandlungen über einen Grenzänderungsvertrag nur sinnvoll sein können, wenn zuvor sichergestellt sei, daß die beteiligten überörtlichen Stellen ebenfalls einem Zusammenschluß zustimmen.

Deshalb habe die Stadt Korbach der Gemeinde Höringhausen empfohlen, von sich aus mit diesen Stellen zu verhandeln. Wie der Landrat mitteilt, gelte das gleiche auch für die Gemeinde Wellinghausen.

Hier der Brief, den Landrat Dr. Reccius an den Gemeindevorstand Höringhausen schickte:

„Verwaltungsreform auf Gemeindeebene,,

Der Magistrat der Stadt Korbach hat mich am SO. 7. 1970

darüber unterrichtet, daß die Gemeindevertretung in

Höringhausen mit 6 zu 3 Stimmen beschlossen habe,

Verhandlungen mit der Stadt Korbach über den Abschluß

eines Vertrages wegen der Eingliederung der Gemeinde

Höringhausen in die Stadt Korbach aufzunehmen. In

Ausführung dieses Beschlusses haben Sie den Magistrat der

Stadt Korbach um einen Verhandlungstermin gebeten. Nach

Abschluß der Verhandlungen über den Vertragsentwurf

wollen Sie eine Bürgerversammlung durchführen.

In formeller Hinsicht muß ich darauf aufmerksam machen,

daß Sie es versäumt haben, mich als Aufsichtsbehörde

gemäß Paragraph 17 der Hessischen Gemeindeordnung

(HGO) hiervon zu unterrichten.

In der Sache selbst halte ich es für meine Pflicht, Sie bereits

vor Aufnahme der Verhandlungen auf folgendes

hinzuweisen: Alleinige gesetzliche Voraussetzung für die

Änderung von Gemeindegrenzen sind nach Paragraph 16

HGO Gründe des öffentlichen Wohls. Das öffentliche Wohl

wird von den Belangen der gesamten Einwohnerschaft in

allen von der Grenzänderung betroffenen Gebieten bestimmt

und darüber hinaus von übergeordneten Gesichtspunkten der

Allgemeinheit. Allein maßgebend sind weder nur die

Interessen der abgebenden, noch nur der aufnehmenden

Gemeinden (Kommentar zur HGO von Muntzke-Schlemp

Seite 362).

Eine sinnvolle Verwaltungsreform auf Gemeindeebene muß aus überörtlichen Gesichtspunkten zum Ziel haben, daß, auf den gesamten Landkreis bezogen, leistungsstarke Gemeinden gebildet werden, die mit den zukünftig an sie zu stellenden Anforderungen fertig werden. Unter Berücksichtigung der in Theorie und Praxis gewonnenen Erkenntnisse soll bei der gebietlichen Neuordnung vor allem den Zielen und Erfordernissen der Raumordnung und einer Stärkung des ländlichen Raumes besondere Beachtung geschenkt werden. Einzelne Kriterien sind die topografische und landschaftliche Struktur, die ökonomisch-strukturellen Verflechtungen, die Verkehrsverbindungen und -entfernungen, bestehende und geplante verbandsmäßige Zusammenarbeit, die Überschaubarkeit des Raumes und die Verwaltungskraft.

Um Fehlentwicklungen bei der gebietlichen Neuordnung auf Gemeindeebene zu vermeiden, beabsichtigt der hessische Minister des Inneren, für jeden Landkreis eine Modellplanung zu erarbeiten. Der Kreistag des Landkreises Waldeck hat am 20. 2. 1970 einstimmig beschlossen, beim hessischen Minister des Inneren zu beantragen, die Modellplanung für den Landkreis Waldeck vordringlich durchzuführen. Inzwischen ist im hessischen Ministerium des Inneren mit den notwendigen Arbeiten für die Erstellung der Modellplanung begonnen worden. Nach den mir zugegangenen Informationen ist damit zu rechnen, daß der Entwurf der Modellplanung voraussichtlich im September/Oktober 1970 vorliegt. Die Gemeinden werden alsdann in geeigneter Weise unterrichtet werden. Danach wird sich der Kreistag mit der Modellplanung beschäftigen. Es dürfte auch im Interesse Ihrer Gemeinde liegen, vor weiteren Entscheidungen in dieser Frage die Modellplanung abzuwarten.

In der Sitzung der am bisherigen Schulverband Sachsenhausen beteiligten Gemeinden am 25. 5. 1970 in der Mittelpunktschule in Sachsenhausen habe ich die dort anwesenden Vertreter der Gemeinden mit meinen dem hessischen Minister des Inneren gegenüber gemachten Vorschlägen zur Modellplanung vertraut gemacht. Hierbei habe ich ausgeführt, daß es zur Stärkung des ländlichen Raumes notwendig ist, eine Gemeindegruppe „Sachsenhausen“ zu bilden. Diese Gemeindegruppe, der die Gemeinden Alraft, Dehringhausen, Freienhagen, Höringhausen, Netze, Nieder-Werbe, Ober-Waroldern, Ober-Werbe mit Oberwerba, Sachsenhausen und Waldeck angehören sollten, würde etwa 8 000 Einwohner haben. Diese Gemeinde würde allen an sie zu stellenden Anforderungen gerecht werden können. Bei Ausscheiden der Gemeinde Höringhausen aus dieser Gemeindegruppe muß zwangsläufig damit gerechnet werden, daß sich Ihrem Vorgehen weitere Gemeinden anschließen werden. Das würde zur Schwächung der Gemeindegruppe „Sachsenhausen“ führen und eine sinnvolle Verwaltungsreform in diesem Raum in Frage stellen. Es kommt hinzu, daß die Stadt Korbach selbst bereits jetzt über eine Größe und Leistungskraft verfügt, die eine Angliederung weiterer Gemeinden den aus überörtlichen Gesichtspunkten nicht aufwendig machen, insbesondere dann nicht, wenn dies zum Schaden anderer Gemeindegruppen führt.

Von Ihnen und verschiedenen anderen Gemeinden wird vorgetragen, daß sie sich der Stadt Korbach anschließen wollen, weil die meisten Ihrer Auspendler in Korbach zur Arbeit gehen. Wenn dies ein zutreffender Gesichtspunkt wäre, müßten im Umkreis von Goddelsheim über Usseln, Adorf, Twiste, Sachsenhausen alle Gemeinden nach Korbach eingegliedert werden, weil aus diesen Gemeinden die meisten Auspendler in Korbach arbeiten.

Es ist offensichtlich, daß dies keine vernünftige Lösung sein kann. Deshalb halte ich auch Vorstellungen von verschiedenen Seiten, die darauf hinauslaufen, daß sich die Gemeinden des Landkreises den Städten Arolsen Bad Wildungen oder Korbach angliedern, für völlig abwegig. Das würde praktisch eine Wiederherstellung der früheren drei waldeckischen Kreise bedeuten. Eine derartige Planung würde den Gegebenheiten dieses Raumes in keiner Weise gerecht werden. Deshalb werden auch die in Höringhausen diskutierte Vorstellung, die Gemeinde müsse, falls sie sich nicht Korbach anschließe, unter Umständen in Bad Wildungen landen, unrealistisch.

Ich würde mich freuen, wenn Sie bei Ihren weiteren Überlegungen vorstehende Gesichtspunkte berücksichtigen. Dem Magistrat der Stadt Korbach, dem Regierungspräsidenten in Kassel und dem hessischen Minister des Inneren in Wiesbaden habe ich je eine Durchschrift dieser Verfügung überreicht. Dr. Reccius

1970 WLZ 22. 08.

Anschluß an Korbach einmütig bejaht

Heute Bürgerversammlung in Höringhausen über Fusionsmöglichkeiten

HÖRINGHAUSEN. „Ist die Freiwilligkeit der Gemeindezusammenschlüsse bereits aufgehoben? fragten die Mitglieder der „Freien Bürgerliste“, die mit sechs von neun Sitzen die Majorität in der Gemeindevertretung innehat, in einer Versammlung im Gemeindesaal, in der noch einmal ernsthaft die Fusionsplanung und speziell der Brief des Landrats Dr. Reccius an die Gemeindevertretung erörtert wurde. Die Stellungnahme des Landrates lasse erkennen, daß Höringhausen nicht so könne, wie es wolle, wurde festgestellt. Wo bleibe da in Hessen die so oft zitierte Freiwilligkeit?

Trotz der zum Teil berechtigten Argumente des Landrats, der aus seiner Stellung heraus vielleicht so und nicht anders argumentieren müsse, blieben die „Freien Bürger“ bei ihrem aus ernster Sorge und Verantwortung für das Gemeindewohl getragenen Beschluß, den Anschluß an Korbach dem Projekt Waldeck-Sachsenhausen vorzuziehen. Vorausgegangene Gespräche mit den Vertretern der Kreisstadt Korbach und denen von Waldeck-Sachsenhausen hätten für die „Freien Bürger“ klar ergeben, daß die Gemeinde in einem Verbund mit Korbach eine festere und zukunftssichere Position beziehe.

In einer Bürgerversammlung am heutigen Freitag im Gemeindesaal sollen die Bürger über die bisherigen Gespräche und die Anschlußmöglichkeiten unterrichtet werden. Die Gemeindevertretung werde schon in den nächsten Tagen einen Beschluß fassen über einen Anschluß.

1970 WLZ 24. 08.

Korbach und neue Eingemeindungswünsche

Die Stadt berichtete dem Kreisausschuß

Korbach. Wie wir an anderer Stelle berichten, findet heute abend in Höringhausen eine Bürgerversammlung statt, in der zu dem Schreiben des des Landrats Dr. Reccius an die Gemeindeverwaltung in Höringhausen Stellung genommen werden soll.

Die „Freien Bürger“, die in der Gemeindevertretung die Mehrheit haben, vertreten einen Anschluss an die Kreisstadt Korbach. die Gemeindevertretung von Höringhausen hatte im Juli mit sechs Stimmen bei drei Enthaltungen beschlossen, Verhandlungen mit der Stadt Korbach über einen Grenzänderungs- und Auseinandersetzung Vertrag aufzunehmen. davon wurde der Kreis durch die Stadtverwaltung in Kenntnis gesetzt.

In einem weiteren Schreiben an den Kreisausschuß wurde dem Landrat über das Ergebnis einer formlosen Beratung des Magistratskollegiums, des Stadtverordnetenvorstehers und der Vorsitzenden der Stadtverordnetenfraktionen berichtet.

Darin heißt es:

„Wir sind der Auffassung, dass die jetzige Großgemeinde aus verschiedenen Gründen noch der Abrundung bedarf. Ein Interesse besteht über die bisher gefassten Beschlüsse hinaus insoweit an künftigen Gesprächen mit den Gemeinden Lelbach, Berndorf, Mühlhausen und den Gemeinden des Ittertales.

In einem weiteren Schreiben an den Kreisausschuss wurde dem Landrat über das Ergebnis einer formlosen Beratung des Magistratskollegiums, des Stadtverordnetenvorstehers und der Vorsitzenden der Stadtverordnetenfraktionen berichtet.

Darin heißt es:

„Wir sind der Auffassung, dass die jetzige Großgemeinde aus verschiedenen Gründen noch der Abrundung bedarf. Ein Interesse besteht über die bisher gefassten Beschlüsse hinaus insoweit an künftigen Gesprächen mit den Gemeinden Lelbach, Berndorf, Mühlhausen und den Gemeinden des Ittertales.

Grundsätzlich hält sich die Stadt Korbach auch für fähig, noch weitere Gemeinden aufzunehmen. Sie strebt dies jedoch nicht von sich aus an. Andererseits wird sie sich einen entsprechenden Wunsch nicht verschließen, wenn er von der Zustimmung der Landesregierung und des Kreistages mitgetragen wird. Dies gilt allerdings nicht für vernünftige Lösungen. Was darunter zu verstehen ist, müsste im Einzelfall entschieden werden. Dass der Anschluss Horinghausen und Wellinghausen völlig vernunftwidrig sei, ist für uns im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht ersichtlich. Wir hoffen, dass zwischen Landkreis und Kreisstadt eine einvernehmliche Lösung der Verwaltungsreform in unserem Bereich erarbeitet werden kann.

„Unter den 12. August teilt Bürgermeister Dr. Bökemeier in einem weiteren Schreiben an dem Landrat mit, dass am 10. August mit dem Gemeindevorstand und der Gemeindevertretung von Wellinghausen und am 11. August mit dem Gemeindevorstand und der Gemeindevertretung von Höringhausen Gespräche geführt wurden.

Es heißt dann weiter:

„Von der Erarbeitung des Entwurfs und Grenzänderungs- und Auseinandersetzungverträgen wie es die Gemeinde Wellinghausen und Höringhausen wünschten, haben wir zunächst im Hinblick auf die von ihnen vertretenden negative Einstellung zu der Eingliederung dieser beiden Gemeinden in die Stadt Korbach abgesehen. Wir haben jedoch erklärt, die Stadt Korbach sei - vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung - mit einer Eingliederung der Gemeinden in die Stadt Korbach einverstanden, sofern die entsprechenden Beschlüsse auch vom Kreistag bzw. von der hessischen Landesregierung gebilligt würden. Unserer Stadtverordnetenversammlung werden wir die Wünsche der Gemeinden Wellinghausen und Höringhausen in ihrer nächsten Sitzung vortragen. "

Höringhäuser Bürger für Anschluß an Korbach

HÖRINGHAUSEN. In einer Bürgerversammlung wurde gestern abend unter Vorsitz des Ersten Beigeordneten Mettenheimer über die Frage Anschluß an Korbach oder an Sachsenhausen-Waldeck diskutiert. Nach über dreistündiger Aussprache wurde die Versammlung zur Abstimmung gebeten. Für einen Anschluß an Sachsenhausen stimmten 5, für Anschluß an Korbach 40, neun Versammlungsteilnehmer wollten die selbständige Gemeinde Höringhausen erhalten wissen. Heute abend wird die Gemeindevertretung einen Beschluß fassen, ob mit der Kreisstadt Verhandlungen über einen Grenzänderungs- und Auseinandersetzungsvertrag aufgenommen werden sollen.

1970 WLZ 24. 08.

Einstimmig für Anschluß an Korbach

Gemeindevertretung in Höringhausen tagte Sonnabend

— Bürgerversammlung führte bedeutungsvolle

Vorabstimmung durch

HÖRINGHAUSEN. „Einstimmig beschließt die Gemeindevertretung, sich Im Zuge der Verwaltungsreform als Ortsteil der Kreisstadt Korbach anzuschließen vorbehaltlich einer vertraglichen Einigung. Mit dieser Protokollierung wurde der Beschluß der Gemeindevertretung von Höringhausen festgehalten, der am Sonnabend nach längerer Aussprache unter Vorsitz des Ersten Beigeordneten Mettenheimer gefaßt wurde. Bürgermeister Emmeluth, der nach einem Kuraufenthalt offiziell noch beurlaubt war, nahm ebenfalls an der bedeutungsvollen Sitzung seiner Gemeindevertretung teil. Die SPD-Fraktion — sie hat drei Mitglieder in der Gemeindevertretung gegen sechs der „Freien Bürgerliste“ — war nur mit zwei Abgeordneten vertreten, weil der dritte seine Ferien außerhalb Höringhausens verbringt. Die Fraktion stellte gleich eingangs den Antrag, die Beschlußfassung zu vertagen, bis das Gespräch mit dem Landrat stattgefunden habe (das für heute vormittag vereinbart worden war). Die Frage, Aussicht bestehe, daß man dann zu einem einstimmigen Beschluß kommen werde, konnte von der SPD nicht bejaht werden. Deshalb wurde der Vertragungsantrag mit sechs Stimmen der „Freien Bürger“ gegen die Antragsteller abgelehnt.

Die beste Lösung suchen

Ein Sprecher der SPD erklärte, es dürfe nicht der Verdacht aufkommen, die SPD sei gegen Kobach, sie sei weder für Sachsenhausen noch für Korbach, sondern sie suche nur die beste Lösung.

Die Entscheidung nimmt uns keiner ab
Die anschließende Debatte bewies deutlich, daß sich alle Mitglieder der Gemeindevertretung sehr ernsthaft mit der Aufgabe der Selbständigkeit Höringhausens beschäftigt haben. Noch einmal wurden alle Möglichkeiten auch einer anderen Lösung durchgesprochen und auf die hohe Verantwortung hingewiesen, die auf jedem einzelnen Mitglied der Gemeindevertretung lastet: „Die Entscheidung nimmt uns keiner ab, sagte ein Gemeindevertreter, „Ob wir es richtig oder verkehrt machen, das weiß keiner. Aber wahrscheinlich wird die nächste Generation bereits über das, was uns heute bewegt, gar nicht mehr sprechen.“ In einer Sitzungspause verhandelten die beiden Fraktionen miteinander, um schließlich doch noch zu einem einstimmigen Beschluß zu kommen.

Einstimmiger Beschluß

Die nun folgende Abstimmung bewies den Erfolg der Bemühungen. Der Gemeindevertreter Frese (Freie Bürgerliste) „Es liegt mir am Herrn — ich möchte unseren Kollegen (von der SPD) danken, daß sie mitgeholfen haben, diesen Beschluß einstimmig zu fassen.“

Überwiegende Mehrheit für Korbach

In der gutbesuchten Bürgerversammlung am Freitagabend, über die wir bereits am Sonnabend kurz berichtet haben, war vom Ersten Beigeordneten Mettenheimer über die Verwaltungsreform und die Anschlußmöglichkeiten nach Sachsenhausen-Waldeck und nach Korbach ausführlich berichtet worden. In seinem Referat wies er auf die Vorverhandlungen hin, die mit beiden Seiten gepflogen worden sind, um das Gelände abzutasten. Auch über eine kleinere Lösung mit Höringhausen als Zentralpunkt ist mit den in Frage kommenden Gemeinden gesprochen worden.

Es zeigte sich aber bald, daß Freienhagen kein Interesse an einem solchen Zusammenschluß hat. Die Gemeindevertretung war sich darüber im klaren, wenn dieses Problem nicht so gelöst werden kann, daß man sich dann nach Korbach orientieren wollte.

Es folgten weitere Verhandlungen. Auch der Kreis schaltete sich ein. Aber alle Besprechungen führten zu keiner Einigung. Mettenheimer wies darauf hin, daß die SPD für einen Anschluß an Sachsenhausen eintrat. Die Gemeindevertretung beschloß schließlich mit Mehrheit, einen Vorvertrag mit Korbach auszuarbeiten, um eine Grundlage für einen Anschluß an die Kreisstadt zu bekommen. Von der Stadt wurde der Landrat benachrichtigt, „und dann bekamen wir den schönen Brief vom Landrat, den Sie in der Zeitung gelesen haben.“

... von oben herunter kein Zwang ...

Da aber die hessische Landesregierung von vornherein klipp und klar und heute noch jeder Minister und auch der Ministerpräsident in allen Reden, die sich mit der Verwaltungsreform befaßten, die Freiwilligkeit der Zusammenschlüsse betonten und als obersten Grundsatz in den Vordergrund rückten sowie feierlich erklärten, daß von oben herunter kein Zwang ausgeübt werden dürfe, sagte Mettenheimer, glaube die Mehrheit der Gemeindevertretung mit dem Schreiben des Landrates zu unrecht gerügt worden zu sein. Sie habe daraufhin beschlossen, diese Bürgerversammlung einzuberufen. Sie solle dazu dienen, die Bürger mit dem Problem bekanntzumachen und alle offenen Fragen zu diskutieren.

Abstimmung kurz vor Mitternacht

Das geschah denn auch ausführlich. Die einzelnen Punkte des Vertragsentwurfes für die Verhandlungen mit Korbach wurden eingehend besprochen und alle Möglichkeiten für andere Lösungen — ein Zusammengehen mit Sachsenhausen oder ein Zusammenschluß mit Höringhausen als Zentralpunkt — geprüft, Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen und schließlich eine Wunschliste aufgestellt, die bei den weiteren Verhandlungen eine Rolle spielen wird.

Es war fast Mitternacht, als alle Fragen geklärt schienen, so daß man in einer Abstimmung den Willen der Bürgerschaft feststellen wollte. Für den Unbeteiligten war es überraschend, daß sich nur fünf Stimmen für einen Anschluß an Sachsenhausen aussprachen. Neun Bürger hätten lieber die Selbständigkeit Höringhausens erhalten gewußt und 40 befürworteten den Anschluß an die Kreisstadt.

In Gesprächen mit Versammlungsteilnehmer kam wiederholt zum Ausdruck, daß die Parteien des Kreistages einer großen Gemeinde wie Höringhausen, die zahlreiche Wähler stelle, nicht etwas verwehren könnten, was man vielen kleineren Gemeinden — wie zum Beispiel Hillershausen und Nieder-Schleidern — gestattet habe.

1970 WLZ 31. 08. und 01. 09. TV - Fußball

Gruppe Süd

Bergheim — Edertal				0:7
Hemfurth — Züschen/Heimarshausen				3:1
Odershausen — Kleinern				1:4
Höringhausen — Sachsenhausen				1:7
Freienhagen — Gellershausen				4:3
Affoldern — Mehlen				6:0
Sachsenhausen	12:1	4:0	Odershausen	4:6 2:2
Freienhagen	11:3	4:0	Braunau	2:3 0:2
Edertal	8:1	3:1	Gellershausen	3:4 0:2
Affoldern	7:1	3:1	Netze	0:5 0:2
Kleinern	4:1	2:0	Höringhausen	1:7 0:2
Hemfurth	3:1	2:0	Bergheim	0:10 0:4
Züschen/Heimarsh.	4:3	2:0	Mehlen	0:13 0:4

Gruppe Süd

Edertal — Hemfurth				2:1
Züschen/Heimarshausen — Odershausen				5:1
Kleinern — Netze				2:2
Braunau — Höringhausen				2:7
Sachsenhausen — Freienhagen				4:1
Gellershausen — Affoldern				3:4
Mehlen — Bergheim				1:2
Sachsenhausen	16:2	6:0	Höringhausen	8:9 2:2
Edertal	10:2	5:1	Odershausen	5:11 2:4
Affoldern	11:4	5:1	Bergheim	2:11 2:4
Züschen/Heimarsh.	9:4	4:0	Netze	2:7 1:3
Freienhagen	13:7	4:2	Gellershausen	6:8 0:4
Kleinern	6:3	3:1	Braunau	4:10 0:4
Hemfurth	4:3	2:2	Mehlen	1:15 0:6